

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 195

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Verträge, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Freitag, den 21. August

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Luther hat seine geplante Reise zur Stockholmer Kirchenkonferenz wegen Überlastung mit wichtigen politischen Angelegenheiten aufgegeben.

* Der französische Botschafter in Berlin hat den Text der französischen Antwort auf die deutsche Sicherheitsnote erhalten. Die Überreichung an die Reichsregierung und die Veröffentlichung sollen Ende dieser Woche erfolgen.

* Die Vereinigten Staaten haben mit Belgien ein Schuldenabkommen getroffen, das Belgien wesentliche Erleichterungen für die Zahlung gewährt.

* Die Stockholmer Kirchenkonferenz wurde durch den König von Schweden feierlich eröffnet.

* Infolge eines Explosionsunglücks auf dem Dampfer „Madinad“ bei Newport (Nordamerika) kamen 23 Menschen um, 75 wurden zum Teil schwer verletzt.

* China hat an die Mächte eine Einladung zu einer Zollkonferenz in Peking gerichtet, auf der es Befreiung von der ihm auferlegten Beschränkung seiner Zollhoheit verlangen will.

Löhne und Soziallast.

Von einem Wirtschaftspolitiker wird uns geschrieben: Überall in Deutschland fladert das Streiffeuer auf oder brennt länger als früher. Die Bauarbeiter- und Gemeindefacharbeiterstreiks, Aussperrungen, Betriebseinschränkungen drängen sich. Und der Grund ist klar: Anziehen der Lebensmittelpreise und anderer Gegenstände des täglichen Bedarfs, was sich sofort in Lohnforderungen umsetzt. Auch Steigerwald, der bekannte Führer der Christlichen Gewerkschaften, befaßte sich bekanntlich jetzt wieder bei der Jubiläumstagung des Zentralverbandes der christlichen Holzarbeiter ganz besonders mit dem Problem der Preisbildung und ihres Verhältnisses zum Lohnanteil. Das wäre schließlich nichts Neues; interessant ist aber ein anderes Problem, das er berührte, nämlich das Verhältnis zwischen Lohn und Soziallast. Er gab zu, daß Deutschland hinsichtlich seiner Sozialpolitik weit aus an der Spitze aller Staaten marschiere, daß aber der Lohnanteil infolge der sozialen Leistungen an der Erzeugung erheblich hinter denjenigen Lohnlasten zurückbleibe, die Amerika und England zu tragen haben.

Welches ist die sozialpolitische Belastung der deutschen Wirtschaft? Die Ansichten darüber gehen etwas auseinander, je nachdem Reichsarbeitsministerium, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu Worte kommen. Aber eins ist man allerdings nicht einig, nämlich über die sozialpolitische Belastung der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege. Das Reichsarbeitsministerium hat diese Belastung 1913 auf rund 1100 Millionen berechnet, wenn man dabei das verkleinerte Reichsgebiet nach dem Kriege berücksichtigt. Für 1924 war aber durch das Reichsarbeitsministerium die Soziallast auf rund 1300 Millionen angegeben, wobei aber die für die Erwerbslosenfürsorge und die Knappschaftsversicherung aufgebrauchten Summen nicht in Rechnung gestellt waren. Von Arbeitgeberseite berechnet man den Soziallast wesentlich höher, nämlich mit 1,9 Milliarden, während nach dem Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums für das Jahr 1925 bereits mit einer Soziallast von über 2000 Millionen gerechnet wird. Nun hat der Reichstag in der letzten Zeit, und zwar in den letzten acht Monaten, im März für die Invalidenversicherung 115 Millionen, dann im Juni weitere 45 Millionen bewilligt, ferner für die Unfallversicherung 60 bis 80 Millionen, für die Angestelltenversicherung 49 Millionen und für die Kriegsbeschädigten 200 Millionen ausgeworfen. So ergäbe sich eine Soziallast für die deutsche Wirtschaft im Jahre 1925, die um mindestens 100 % größer ist als die entsprechende Belastung vor dem Kriege!

Soziallasten sind aber weiter nichts wie Steuern. Nimmt man die Produktionskosten in ihrem besten Verhältnis an, so besteht das darin, daß sie nur so hoch sind, wie die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt es gestattet. Dabei sind Soziallasten, Steuern und Rohstoffpreise ungefähr feste Größen, die abzuändern oder zu verringern dem Unternehmer nicht oder höchstens in sehr beschränktem Maße möglich ist. Die Rohstoffkosten sind aber ebenso wie jene bei den anderen Arten von Lasten außerordentlich angewachsen, so daß die übrigbleibende Spanne für Lohnanteil und Unternehmergewinn stark eingeengt ist. Daran ändert auch nichts, daß die Preise der Fertigfabrikate um rund 30 bis 40 % angehoben haben. Das ist überall in der Welt der Fall. Besonders in England und Amerika sind nun aber auch die Kosten der Lebenshaltung weit höher gestiegen, als das in Deutschland der Fall ist. Wenn also Steigerwald erklärt, daß in England und Amerika höhere Löhne gezahlt werden, und zwar höhere als die entsprechenden sozialpolitischen Lasten in Deutschland mit den Löhnen zusammen ausmachen, so ist das an und für sich zweifellos richtig. Sehr umstritten aber ist, ob sich die englischen oder amerikanischen Arbeiter für ihre höheren Löhne auch entsprechend mehr werden lassen können. Der Kleinhandelsindex in England beispielsweise steht um etwa 50 % höher als der unsere; das würde auf die Löhne beispielsweise der englischen Bergarbeiter umgerechnet eine geringere Kaufkraft dieser Löhne ergeben als die der deutschen Bergarbeiterlöhne. Laffalles ehernes Lohngesetz ist zwar nicht unbedingte Wahrheit, aber es enthält doch viel Nichtiges.

Das Verdienstvolle an Steigerwalds Ausführungen ist aber vor allem, daß er auf den Zusammenhang zwischen Lohnlasten und Soziallasten in bezug auf die Produktionskosten hingewiesen hat. Leider wird allzuoft jetzt die Soziallast oder Lohnpolitik ohne jede Bezugnahme auf die allgemeinen Produktionskosten behandelt. Die Wirtschaft hat aber beide gleichzeitig zu tragen. Vernünftige Sozialpolitik kann daher nur im Rahmen des

Amerikas Abkommen mit Belgien.

Zahlungserleichterung für Belgien.

New York, 19. August.

Die belgische Schuldenkommission hat ein formelles Abkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Danach werden die Schulden vor und nach dem Waffenstillstand getrennt behandelt. Belgien erklärt sich bereit, die Schulden vor dem Waffenstillstand innerhalb von 62 Jahren, aber ohne Zinsen, zu bezahlen. Den Rest bezahlt es unter nahezu den gleichen Bedingungen wie England, nämlich ebenfalls in 62 Jahren und mit 3 bis 3½ Prozent Zinsen. Das Abkommen stößt in Amerika insofern auf Bedenken, als man befürchtet, Frankreich könnte nunmehr die gleichen Bedingungen beanspruchen. Dagegen verwahren sich die politischen Kreise entschieden.

Die Belgier haben damit durchgedrückt, daß rund 172 Dollar-Millionen, die vor dem Waffenstillstand entliehen wurden, für Vergangenheit und künftige Zeiten zinsfrei sein sollen. Die Tilgung dieser Summe soll allerdings sofort beginnen und wie bei England während der nächsten 62 Jahre durchgeführt werden. Die Nachkriegsanleihen werden genau nach englischem Vorbild behandelt. Für aufgelaufene Zinsen wird der Zinsfuß von 5 auf 4½ % ermäßigt. Für neue, von jetzt ab fällig werdende Zinsen werden 3 % bis 15. Dezember 1932, danach bis zur endgültigen Tilgung 3½ % berechnet. Die Amortisation beginnt mit kleinen Summen und wird allmählich gesteigert. Durch die Nichtverzinsung der Kriegsanleihen vermindert sich die belgische Gesamtschuld um 63 auf 417 Dollar-Millionen.

Ausdrücklich ist bei den Verhandlungen von amerikanischer Seite festgestellt worden, daß Belgien eine Ausnahmestellung einnehme. Dies geschah, um von vornherein etwaige Ansprüche Frankreichs und Italiens abzuweisen, in gleicher Weise behandelt zu werden. Man zweifelt nicht daran, daß noch Einwände sowohl im amerikanischen Kongress als auch in Brüssel erhoben werden, aber neue Verhandlungen über noch bessere Bedingungen für Belgien hält man für aussichtslos.

Keine Abwälzung auf Deutschland.

In einer Erklärung der amerikanischen Schuldenkommission wird gesagt, die Belgier hätten darauf hingewirkt, daß von den Vereinigten Staaten die von Wilson auf der Versailler Friedenskonferenz angenommene Grundlage für die Behandlung der vor dem Waffenstillstand entstandenen Schulden den Verhandlungen

zugrunde gelegt würde. Es war in Aussicht genommen worden, daß für diese Schulden das Deutsche Reich an Stelle Belgiens als Schuldner einzutreten hätte. Obwohl diese Pläne seinerzeit von den amerikanischen Bevollmächtigten in Paris angenommen und seitdem von allen anderen Beteiligten beachtet wurden, so ist aus ihnen selbstverständlich für die Vereinigten Staaten keine rechtliche Verpflichtung entstanden, da der Versailler Vertrag von Amerika nicht ratifiziert wurde. Immerhin erkannte Amerika eine moralische Verpflichtung an, die diesen Schulden Belgiens gegenüber besteht und sie von allen anderen Schulden an Amerika unterscheidet. Die amerikanische Schuldenkommission sah sich nicht in der Lage, die Rückzahlung der vor dem Waffenstillstand eingegangenen Schulden entweder unmittelbar oder in Form einer 5 %igen Beteiligung an den Erträgen des Dawes-Plans auf Deutschland abzuwälzen, zumal eine derartige Maßnahme durch ein besonderes Gesetz verboten ist.

„Deutsche Einfuhr muß erleichtert werden.“

Brüssel, 19. August.

„Libre Belgique“ schreibt über die deutschen Zahlungen: Wenn man weiter Zahlungen von Deutschland erhalten will, muß die öffentliche Meinung in Belgien dahin gebracht werden, daß sie ein Anwachsen der deutschen Einfuhr zuläßt. Da Deutschland nicht genug Gold hat, um es zu exportieren, kann es in der Hauptsache nur in Waren zahlen. Diese Zahlungen rufen jedoch egoistische Proteste seitens der belgischen Erzeuger hervor. Diese Proteste sind ganz natürlich, aber die Frage ist, ob Belgien wünscht, daß es bezahlt wird oder nicht. Da die Antwort darauf sicherlich ja lautet, müssen die Sonderinteressen vor den allgemeinen zurücktreten.

Amerika am Sicherheitspakt nicht interessiert.

Eine halbamtliche Washingtoner Erklärung stellt fest, daß die Unterredungen des amerikanischen Botschafters in London, Goughon, mit Briand und Chamberlain zu dem falschen Gerücht von einer Beteiligung der Vereinigten Staaten am Sicherheitspakt Anlaß gegeben haben. Eine solche Vermutung sei durch nichts gerechtfertigt. Die Vereinigten Staaten erwarten keine Einladung zu einer Konferenz, würden eine solche wahrscheinlich auch nicht annehmen. Die amerikanische Regierung verfolge alle Vorgänge, die der Befriedung Europas dienen, sie stehe aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Sicherheitsfrage nur die europäischen Mächte angehe.

wirtschaftlich Mögliches getrieben werden, weil man sonst den Ast abägt, auf dem man sitzt.

Wie weit nämlich der dritte veränderliche Faktor in den Produktionskosten eingeengt werden kann, nämlich die eigentlichen Betriebskosten ausschließlich der Löhne, das hängt nur zum Teile vom Unternehmer ab, zum größeren Teile von der Lage des Kreditmarktes und der Absatzmöglichkeit.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Frankreichs Antwortnote in Berlin.

Die französische Antwort auf die deutsche Note in der Frage des Sicherheitspaktes ist bei dem französischen Botschafter in Berlin, de Margerie, eingetroffen. Sie umfaßt dem Vernehmen nach fünf Seiten. Die Note soll aber erst dann an die Reichsregierung überreicht werden, wenn besondere Order aus Paris eintrifft. Das wird wahrscheinlich Ende dieser Woche erfolgen.

Aufhebung der notwirtschaftlichen Verordnungen.

Dem Vernehmen nach ist dem Reichsräte von der Reichsregierung eine Vorlage zugegangen, die die völlige Aufhebung der letzten noch bestehenden notwirtschaftlichen Verordnungen, darunter die Verordnungen über die Preistreibereien und die Preisprüfungsstellen vorsieht.

Demokraten gegen Steuern und Zölle.

Der Vorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei erlassen einen Aufruf an die Wähler, in dem gesagt wird, die jetzt verabschiedeten Steuergesetze belasteten die deutsche Wirtschaft mit einer Jahresleistung von zehn bis elf Milliarden, erhöhen damit die Produktionskosten und die Kosten der Lebenshaltung und schwächen Deutschland im Kampf um die Weltmärkte. Die Zollgesetze, deren Zweck die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland sein müßte, erschwerten durch ihr Durcheinander von Kampf, Verhandlungs- und Mindestzöllen die handelspolitischen Verhandlungen und drohten mit der Gefahr, daß weitere ruinöse Wirtschaftskonflikte den Verhandlungen der letzten Monate folgten. Die Partei werde den Kampf gegen diese Gesetze auch nach der Verabschiedung im Reichstag fortführen.

Absiedlung des Nuntius Pacelli nach Berlin.

Der päpstliche Nuntius Pacelli hat nun München verlassen und ist Mittwoch früh in Berlin eingetroffen. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Bahnhof in München eingefunden: Ministerpräsident Dr. Heldt, Kultusminister Dr. Witt, Ministerialdirektor Kreibitz v. Lus als Ver-

treter des Ministeriums des Äußern. In Berlin wurde der Nuntius von Vertretern der Reichsregierung empfangen. Die Übersiedlung des Nuntius, der in der päpstlichen Nuntiatur Rauchstraße 21 in Berlin Wohnung genommen hat, erfolgte auf seinen Wunsch ohne besondere Feierlichkeiten, da er bereits seit vier Jahren ständiger Gast in Berlin war.

Kronprinz Rupprecht über das Kriegsende.

Bei der Grundsteinlegung für eine Kriegserinnerungsstätte bei Bad Nissingen hielt der ehemalige Kronprinz von Bayern, Rupprecht, eine Rede, in der er auf die Ursachen für die deutsche Niederlage im Jahre 1918 zu sprechen kam. Der Kronprinz sagte, als er von den Endkämpfen im Jahre 1918 sprach, mit besonderem Nachdruck: „Kraft und Wille waren da, aber die Zahl unserer Soldaten reichte nicht aus!“

Frankreich.

X Attentat auf bulgarische Sobraniepräsidenten. Der Präsident und der Vizepräsident der bulgarischen Sobranie Kulew und Wasow, die an der Spitze einer bulgarischen Abordnung zur Besichtigung der Kunstausstellung in Paris weilten, wurden von etwa 40 bulgarischen Kommunisten und Anhängern der Bauernbewegung angegriffen, die mit dem Rufe: „Nieder mit den Mördern unserer Brüder! Tötet sie!“ mit Stod- und Faustschlägen und Fußtritten auf sie losgingen. Dem Eingreifen in der Nähe befindlicher französischer Polizeibeamter gelang es, die beiden Bulgaren, die keine besonderen Verletzungen erlitten haben, zu befreien. Zwei der Angreifer wurden verhaftet.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Berliner Polizeipräsidium, nicht nur das Mitführen von Stöcken in geschlossenen Zügen zu verbieten, sondern auch die Demonstrationszüge in den Straßen erster und zweiter Ordnung grundsätzlich zu untersagen.

Dresden. Der sächsische Ministerpräsident Held hat dem Presseheim Dybbin bei Bittau eine Stiftung von 3000 Mark gemacht.

Rom. In italienischen politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, erst wenn der Vratsurs stabil sei, könne Italien seine Schulden bezahlen.

China will Zollselbstständigkeit.

Einladung zur Konferenz.

Die chinesische Regierung hat eine amtliche Einladung an die Mächte erlassen zu einer am 26. Oktober in Peking beginnenden Zollkonferenz gemäß dem Washingtoner Abkommen. Die Einladung wurde den in Peking beglaubigten Diplomaten übergeben.

In ihrer Einladung erinnert die chinesische Regierung daran, daß die chinesischen Vertreter bei der Washingtoner

Konferenz in einer Sitzung des pazifistischen und ostasiatischen Ausschusses zum Ausdruck gebracht haben, daß China die Frage der Wiederherstellung seiner Zollautonomie aufzurollen gedenke. Demgemäß schlägt die chinesische Regierung vor, diese Frage auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, und erwartet, daß eine Regelung getroffen wird, welche die bisherigen Beschränkungen der chinesischen Zollhoheit beseitigt.

Die chinesischen Behörden haben Bestimmungen für die Küstenschifffahrt erlassen, wonach Dampfer aller Nationalitäten, mit Ausnahme der britischen und der japanischen, die verschiedenen Häfen anlaufen dürfen, vorausgesetzt, daß sie Hongkong nicht berühren.

Es verlautet, daß der britische Generalkonsul in Kanton an die chinesische Regierung eine schriftliche Anfrage gerichtet hat, ob diese Bestimmungen als offizielle anzusehen seien. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen eine Verletzung der Vertragsrechte aller fremden Regierungen und gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung seien.

Lohnerhöhung für Eisenbahner in Sicht.

Berlin, 19. August.

Die Reichsbahngesellschaft hat wichtige Verhandlungen mit den Vertretern der Eisenbahnarbeiter eröffnet, um über die neuen Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter und -angestellten zu einer Entscheidung zu gelangen. Die Reichsbahngesellschaft steht nicht mehr auf dem Standpunkte, daß die Lohnforderungen abzuweisen sind. Von unterrichteter Seite hört man, daß sie im Rahmen ihrer Einnahmen und ihres Haushalts den Eisenbahnarbeitern weitestmöglich entgegenkommen wird. Das geschieht nicht zuletzt aus Rücksicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, in die viele Wirtschaftskreise angesichts der ständig zunehmenden Wirtschaftsdpression durch einen unangenehmen Streik der Eisenbahnarbeiter kommen müßten.

Erweiterung der preussischen Amnestie

Berlin, 19. August.

Mit dem „Entwurf einer Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen“ beschäftigt sich heute eine Sitzung des Ständigen Ausschusses des Preussischen Landtages. Aus den Verhandlungen scheint hervorzugehen, daß die Beschlüsse des Unterausschusses des Ständigen Ausschusses unverändert angenommen werden. Der Unterausschuß hat gegenüber der ursprünglichen Vorlage eine wichtige Änderung eingeführt. Nach § 2 des Entwurfes sollten Verfahren niedergeschlagen werden, soweit sie öffentliche Rundgebungen im politischen Kampfe betreffen. Diese Bestimmung ist darauf ausgedehnt worden, daß Zuwiderhandlungen gegen die §§ 110, 111, 113—116, 123—125, 127, 130, 131, 134, 135, 185—187, 189, 223, 223a, 303 und 304 des Strafgesetzbuches oder sonstige strafrechtliche Vorschriften, soweit sie bei öffentlichen Rundgebungen im politischen oder wirtschaftlichen Leben begangen worden sind, unter die Amnestie fallen.

Aufwertungsansprüche.

Von Hugo Meyerheim, Organisator, M. d. D., Berlin-Grünwald.

Aufwertung von Grundschulden, Rentenschulden, Real-schulden, Schiffs- und Bahnpfandrenten. Die Vorschriften über die Hypothekenaufwertung gleichen denen der Aufwertung für Grund-, Renten-, Real-schulden, Schiffs- und Bahnpfandrenten. Zu beachten ist nur, daß die Verzinsung auf Grund einer Rentenschuld oder Reallast im Jahre 1925 nur zu 40 %, in den Jahren 1926 und 1927 nur zu 60 % und vom 1. Januar 1928 ab erst in voller Höhe des Aufwertungsbetrages zu erfolgen hat. Bis 31. Dezember 1924 rückständige Zinsen sind erlassen.

Wie werden Schuldverschreibungen (Obligationen) aufgewertet? Gleichgültig, ob die Obligationen durch Hypothek gesichert sind oder nicht, beträgt die Aufwertung 15 % des Goldmarkbetrages. Sind die Obligationen vor dem 1. Januar 1918 ausgegeben worden, so wird auch hier wie bei Hypotheken der Nennbetrag als Goldmarkbetrag betrachtet. Bezüglich der Verzinsung, Rückzahlung und Tilgung sowie Herabsetzung und Rückwirkung des Aufwertungsbetrages bestehen für Obligationen die gleichen Bestimmungen wie für Hypotheken. Gezählte Beträge sind in Höhe des Goldmarkbetrages auf den Aufwertungsbetrag anzurechnen. Als neu kommt hinzu, daß

die Besitzer von Obligationen, die diese vor dem 1. Juli 1925 erworben und bis zur Annahme befreit haben (Altbesitzer), ein 10 %-Genussrecht erhalten. Die Eigenschaft als Altbesitzer wird auf den Schuldverschreibungen durch Stempelaufruf kenntlich gemacht. Zur Annahme muß die schuldenrechtliche Gesellschaft den Altbesitzer durch Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger und in den anderen für die Veröffentlichungen des Schuldners bestimmten Blättern bis zum 30. September 1925 auffordern. Die Annahme hat dann binnen eines Monats bei dem Schuldner oder der sonst bestimmten Stelle zu erfolgen. Die Beteiligung der Genussrechtinhaber am Reingewinn darf durch keinerlei Maßnahmen beeinträchtigt werden. Die Beteiligung beginnt frühestens am 1. Januar 1925. Von den ersten 6 % Dividende erhält der Genussrechtinhaber nichts, für jedes weitere Prozent Dividende indessen 2 %, jedoch im ganzen höchstens 6 %.

Wie werden Schuldverschreibungen der Genossenschaft des öffentlichen Rechts und verwandter Körperschaften als Unternehmer wirtschaftlicher Betriebe aufgewertet? Es handelt sich hier um die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und dergl. Die Aufwertung beträgt 15 % des Goldmarkbetrages, doch kann eine Herabsetzung von Seiten des Schuldners wie bei Obligationen bis zum 1. April 1926 beantragt werden. Auch die Rückwirkung findet hier statt. Die Verzinsung und Rückzahlung ist die gleiche wie bei Hypotheken.

Aufwertung von Pfandbriefen, Sparkastenguthaben und Versicherungen. Bei diesen muß zunächst eine Teilungsmasse aus den eigenen Aufwertungsansprüchen gebildet werden, die gleichmäßig unter die Gläubiger im Verhältnis der Goldmarkbeträge ihrer Ansprüche verteilt wird.

a) Bei Pfandbriefen kann ein Verwaltungsbeitrag, der 10 % der Teilungsmasse nicht überschreiten darf, in Abzug gebracht werden. Hat der Gläubiger sich seine Rechte vorbehalten, so tritt wie bei Obligationen die Rückwirkung ein.

b) Bei Sparkastenguthaben der öffentlichen oder unter staatlicher Aufsicht stehenden Sparkassen soll die Verteilung mindestens 12 1/2 % des Goldmarkbetrages, möglichst aber den Aufwertungssatz erreichen, der sich für die Anleihen dieser Schuldner oder ihrer Garanten ergibt. Die Teilungsmasse besteht aus dem aufgewerteten Sparkassenvermögen und einem etwa aus dem sonstigen Vermögen der Sparkasse zu leistenden Beträge unter Abzug eines Beitrages zu den Verwaltungskosten. Rückwirkung bei bereits ausgezahlten Beträgen tritt auch hier ein, wenn der Inhaber des Sparkassenbuchs sich seine Rechte bei Annahme der Beträge vorbehalten hat. Diese sind zum Goldmarkbetrag anzurechnen.

c) **Versicherungsansprüche** aus Lebensversicherungen, Kapitalversicherungen, Rentenversicherungen usw., ferner aus Invaliditäts-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Aussteuer- und Militärdienstversicherungen, gleichviel, ob auf Kapital oder Renten, werden in der Weise aufgewertet, daß das aufgewertete Vermögen der Versicherungsunternehmung nebst einem aus dem sonstigen Vermögen zu leistenden Beitrag einem Treuhänder überwiesen wird. Dieser sogenannte „Aufwertungsfond“ ist nach einem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Teilungsplan zu verwenden. Anspruch haben hier auch die Gläubiger, die keinen Vorbehalt gemacht haben, wenn die Zahlung an sie in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 1924 erfolgte.

Christliche Weltkonferenz.

Eröffnung durch den König von Schweden.

Stockholm, 19. August.

Heute wurde die Weltkonferenz für praktisches Christentum nach einem Festgottesdienst in der Stockholmer Kathedrale durch König Gustaf von Schweden im königlichen Schloß eröffnet. Nach einleitenden Worten des Erzbischofs von Upsala, Dr. Soederblom, hielt der König eine Ansprache, in der er die Vertreter der Kirchen aus der Alten und Neuen Welt willkommen hieß und ausführte: „Sechzehn Jahrhunderte sind seit dem Konzil von Nicäa verflossen. Die Zeit hier nach mehr als ein-einhalb Jahrtausenden tagende Versammlung hat keine weniger wichtige Aufgabe. Sie soll angesichts der dringenden Fragen unserer Zeit, deren Lösung der bewußten und gemeinsamen Bemühungen aller Kräfte bedarf, versuchen, es klar herauszustellen, was das Christentum tun kann und tun soll. Soziale Fragen und internationale Probleme beschäftigen beständig diejenigen, denen die Gesetzgebung und die Regierung bei den verschiedenen Völkern anvertraut sind. Aber selbst, wenn sie gute Ge-

setze geben, bedeutet das nicht, daß sie wirklich ihr Ziel erreicht haben, denn Gesetze und Verfügungen bleiben mehr oder minder wirkungslos, solange sie nicht in den Herzen der Menschen auf echten Willen und auf reiner Gesinnung gegründet sind.“ Mit den besten Wünschen für das Gelingen der Arbeiten der Konferenz erklärte der König diese dann für eröffnet.

Nun nahmen die Vertreter der verschiedenen Sektionen der Konferenz das Wort. Für die europäische Sektion sprach der Präsident des deutschen evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler. Er sagte u. a.: „Wenn in Nicäa die Väter um die begriffsmäßige Fassung des christlichen Glaubens rangen, wollen wir heute den christlichen Glaubensinhalt auswerten für die Lösung der großen Probleme, die das Gemeinschaftsleben der Menschen in Staat und Gesellschaft darbieten. Der unermeßlichen Schwierigkeiten unseres Werkes sind wir uns voll bewußt. Wir vergessen gewiß nicht die zahlreichen und weitgehenden Unterschiede in der Ausprägung, die der christliche Glaubensinhalt bei zahlreichen Kirchengemeinschaften der Erde gefunden hat. Aber wir sind der Zuversicht, daß der gemeinsame Besitz der christlichen Kirche groß genug ist, um sich im gemeinsamen Dienst die Hand zu reichen.“

Dr. Luther geht nicht nach Stockholm.

Berlin, 19. August.

Reichskanzler Dr. Luther hatte ursprünglich sein persönliches Erscheinen auf dem Stockholmer Weltkirchentag zugesagt. Er ist aber infolge der politischen Situation verhindert, zurzeit Berlin zu verlassen. Das Manifest der Rede, die er auf der Konferenz halten wollte, hat er an Erzbischof Soederblom geschickt, der diese Rede auf der Konferenz zur Vorlesung bringen will.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 21. August 1925

□ Ende des Sommers. Seit Ende der vorigen Woche die unerwartete Drehung des Windes nach Nordwest eine grundlegende Umgestaltung der Wetterlage eingeleitet hat, sind infolge der kühlen Luftzufuhr aus nördlichen Meeren die Temperaturen des ganzen Erdteils bis zu den Alpen so beträchtlich gesunken, daß die Witterung ihren hochsommerlichen Charakter vollkommen verloren hat. Die höchste Tageswärme ist seither in den meisten Gebieten unter 20 Grad Celsius geblieben, und stärkere nächtliche Abkühlung ist bisher nur durch die ziemlich dichte Bewölkung verhindert worden. Ein im nördlichen Ostseegbiet durch beträchtliche Temperaturgegensätze wirkungsvoll gewordenen Tief führt in Wechselwirkung mit hohem Druck über dem Nordatlantik dauernd kühle und feuchte Seeluft zu uns, und das ozeanische Maximum neuerdings an Höhe sehr verloren hat, so besteht für die nächste Zeit wenig Aussicht für eine Änderung der gegenwärtigen Wetterlage, die übrigens die gleiche ist wie die, unter deren Herrschaft die Witterung von Mitte Juni bis Anfang Juli kühl und veränderlich gewesen ist. Gewöhnlich besteht eine derartige Druckverteilung großes Beharrungsvermögen und pflegt meist zwei bis drei Wochen zu dauern. Sollte das, und diese Wahrscheinlichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, auch diesmal der Fall sein, so hätten wir erst im September wieder Aussicht auf eine durchgreifende Änderung; dann ist aber nur unter ganz besonders günstigen Umständen noch mit sommerlicher Wiedererwärmung zu rechnen. Wir müssen uns daher mit dem Gedanken vertraut machen, daß der Sommer vorüber ist.

□ **Postalisches.** Vom 1. September an werden Postanweisungen zwischen Deutschland und Britisch-Indien wieder unmittelbar ausgetauscht. Die von der britischen Postverwaltung erhobene Vermittlungsgebühr fällt von dem genannten Zeitpunkt an weg. Wertbriefe nach Neu-fundland sind nicht mehr zugelassen.

— **Wichtig! Personalausweise!** In Westfalen ist vom 21. Juni 1925 ab kein Ort mehr besetztes Gebiet. Daraus folgt, daß die bisher durch die Orts-polizeibehörden des besetzten Gebietes ausgestellten Personalausweise zur Einreise in das weiter besetzt bleibende Gebiet nicht mehr gültig sind, denn die bisherigen Personalausweise tragen den Stempel „Territoires Occupées“ (Besetztes Gebiet). Einen solchen Personalausweis dürfen jedoch nur solche Personen führen, die noch im besetzten Gebiet wohnen. Nach dem Abzuge der Franzosen aus Dortmund sind viele Reisende, die sich keinen neuen Per-

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

18

Nachdruck verboten.

Die Bauern hüten sich, zur Nachtzeit den weit näheren Fußweg über die Ruinen zu gehen, aus Angst, sie möchten mit einem gespenstischen Wächter zusammentreffen. Ich bin zu jeder Stunde des Tages und der Nacht bei den Ruinen gewesen, mir ist niemals ein Geist begegnet, trotzdem ein alter Wildhüter des verstorbenen Grafen Löbau — „Max“ warf einen scharfen Blick nach Ritter hinüber, konnte aber keine Veränderung im Gesicht des Oberförsters entdecken — „bis zu seinem Tode dabei verblieb, er habe einen Servitenbruder zwischen zwölf und eins mit seinem eigenen Kopf in der Hand vom Brunnen zur Kapelle schweben und dann bei der Pforte des unterirdischen Ganges verschwinden sehen. Ich habe nie glauben können, daß diese Erscheinung auf Wahrheit beruhe, noch weniger, daß der Servitenbruder seinen Kopf in der Hand getragen habe, vielmehr glaublich scheint es mir, daß der alte Wildhüter seinen Kopf nicht an der rechten Stelle hatte. Jedenfalls haben alle diese Sagen und Märchen das eine Gute gehabt, daß die Ruinen des im Anfang des dreißigjährigen Krieges vollständig zerstörten Klosters uns so gut erhalten geblieben sind. Denn hätte nicht die abergläubische Furcht die Bauern abgehalten, so wäre wahrscheinlich kein Stein auf dem andern geblieben, sie hätten alles verschleppt und ihre Chaussee damit gepflastert, wie sie es mit den römischen Kastellen, die wir hier in der Gegend aufgedeckt haben, auch getan.

Das ist es, was ich von den spärlichen Nachrichten über das Kloster des heiligen Wolfgang finden konnte. Die Erinnerung an die heiligen Männer, die hier in der Wildnis ihr Leben führten, wird aber nicht verlöschen, auch wenn kein Stein von diesen Ruinen mehr vorhanden ist. Der Name wenigstens, der auf die Oberförsterei überging, wird für alle Zeiten bleiben.

Max führte nun seinen Direktor und die Schüler an die Stelle, wo der unterirdische Gang anfing. Es war eine fast vollständig verfallene Kellerröhrung, in die man kaum drei Schritte hineinzubringen vermochte. Dann be-auben sich alle nach einer Waldblöße, und Max arrangierte

mit den Primanern und Quintanern Wettspiele, denen der Direktor und das Ehepaar Ritter zuschauten.

„Ein prächtiger Kerl, dieser Müller“, wandte sich der Oberförster an Runkel. „Sehen Sie nur, wie er sich mit den Buben herumhebt, und wie sich die Kleinen freuen, wenn sie ihm nachlaufen können.“

„Ja, das ist es eben, lieber Ritter, darin liegt eine große Bedeutung. Der Lehrer darf nicht immer der Klassengewalt sein, der überlegene Instruktor der Jugend, er muß auch einmal mit den Jungen jung sein, mit ihnen spielen können, und sehen Sie die vorzügliche Wirkung, meine blasierten Primaner, die schon halb die Studenten spielen, beteiligen sich mit vollem Interesse am Verlauf. Sie würden es wahrscheinlich nicht tun, wenn ihr Lehrer nicht gleichfalls mitspielte, sondern sie würden sich an den Waldrand setzen und den Quintanern zuschauen.“

„Sie halten wohl große Stücke auf den Doktor?“ fragte jetzt Molly.

„Ob ich das tue, meine verehrte gnädige Frau. Und nicht bloß wegen seines vorzüglichen Wissens, sondern auch wegen seiner reinen, vornehmen Natur und seiner großen Liebe zum Beruf. Er ist keiner von jenen Schulmeistern, die sich, wenn sie einen Schritt aus der Klasse getan haben, um ihre Jungen nicht mehr kümmern, sondern er ist einer von denen, die im Lehren ein Lebensbedürfnis finden, und er wird auch niemals von zu schlechter Be-zahlung, zu vieler Arbeit und wie die Schlagworte alle heißen, sprechen, denn die Arbeit ist ihm leicht, er empfindet sie nicht als Last, er empfindet es nicht als Langes-weise, sich sein Pensum immer und immer wieder an-zusehen, denn er richtet sein Augenmerk bei jeder neuen Vor-bereitung auf etwas anderes, er ringt nicht mit der Methode, denn sie ist ihm Fleisch und Blut.“

„Na, lieber Direktor, Sie sind aber sehr begeistert. Auf diese Weise werden Sie Max bald aus Rattenhaufen hinausgelobt haben.“

„Wenn es zu seinem Glück ist, warum nicht? Aber vorläufig ist noch keine Aussicht dazu. Er wird nun erst bei uns Stufe um Stufe vorwärtschreiten, und dann wird auch seine Zeit gekommen sein. Wie lange wird es noch dauern, gehen einige der älteren Herren in Pension, und er rückt naturgemäß vorwärts. Ich sehe schon die Zeit herbei, wo ich ihn als Prorektor an meine Seite rufen kann.“

Max tollte mit seiner Jugend absichtlich lange auf

der freien Wiese umher. Es war ihm peinlich, mit Molly zusammen zu sein und doch nicht über das Sprechen zu dürfen, was ihn im Innersten bewegte. Sein Direktor mochte wohl über seine Jugendgeschichte unterrichtet sein, das hatte wohl schon Erna besorgt; aber der Oberförster war scheinbar vollständig im unklaren, und wie die Ver-hältnisse lagen, hätte es wohl gesehen können, daß das Übermaß der Empfindungen, das Molly und ihn be-herrschte, sich in ihren Reden und Blicken ausgedrückt hätte. Dann aber hätte der Oberförster wahrscheinlich bemerkt, wie es um Molly stehe, und das wäre ein neuer Grund gewesen, sie zu quälen und zu peinigen.

Also mußte er sich soviel wie möglich zurückhalten. Er wußte ja gar nicht, wie sich Molly mit ihm zu stellen wünschte, und er mußte immer wieder daran denken, daß sie bei der ersten Begegnung in den „drei Häfen“ nicht gleich das alte kameradschaftliche Du gefunden, daß es erst eines Hinweises Ritters bedurft hatte, der gewisser-maßen wie eine Erlaubnis ausgefallen. Sie war unglücklich in ihrer Ehe, das hatte er ja schon von Erna erfahren, aber sie trug das Unglück mit bewundernswerter Kraft, und wer weiß, ob es ihr angenehm war, wenn er daran rührte. Die Direktorin hatte zwar gesagt, Molly brenne darauf, sich mit ihm auszupreisen. Aber was hieß in diesem Falle aussprechen? Wahrscheinlich nicht, wie Erna glaubte, an jene vergangene Zeit anzuknüpfen, sondern sicherlich wollte sie bloß eine Entschuldigung dafür finden, daß sie ihm die Treue gebrochen hatte. Wenn es das nur war, so wäre er am liebsten jeder Aussprache ausgewichen, wenn sie aber, wie Erna meinte, den Jugendfreund auf-suchte, um ihm ihr Herz auszusprechen, wenn sie gewisser-maßen ihr eheliches Unglück als eine Strafe für den früheren Treubruch ansah und zu ihrer eigenen Be-ruhigung seine Verzeihung haben wollte, dann freilich ... dann freilich ...

„Herr Doktor, Herr Doktor, Sie werden gefangen!“ Eine fröhliche Knabenstimme rief ihn, der in Gedanken über die Linie hinausgegangen war, von seinem Grübeln los und warf ihn von neuem in das heitere Spiel der Jugend hinein, bis eine allgemeine Erschlaffung eintrat und die Schüler sich scharenweise über den Brunnen hermachten, um sich nach heißem Kampfe zu erfrischen.

(Fortsetzung folgt.)

